



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 12.03.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.02.2018, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Luisa Schwab	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	Vertreterin für Herrn Dr. Unna
--------------------------------	-------	--------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
----------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	VIII
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	IV
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	I
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	II
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	VII

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	V
Herr Günter Allerödter	VII
Herr Herbert Asselborn	153-2
Herr Dr. Lothar Becker	323
Herr Helmut Blömeke	113
Herr Christopher Braun	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Klaus Friedel	200
Herr Torsten Funken	202-1
Frau Birgit Karbig	26-0
Frau Nina Klein	400-62
Herr Klaus Kröhne	46
Herr Josef Ludwig	56
Herr Felix Meinhold	271-11
Sarah-Lena Mielke	46
Herr Franco Prandi	111-2
Herr Richard Reischl	II
Frau Petra Rinnenburger	26
Herr Volker Ruster	372
Herr Rainer Straub	63
Herr Bernd Streitberger	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Patrick Wasserbauer	46
Herr Stefan Welzel	271

Gäste

Herr Dr. Reuber	Hecker Werner Himmelreich Rechtsanwälte
Herr Prof. Frank Siegburg	Hecker Werner Himmelreich Rechtsanwälte

Presse

2 Vertreter der Presse

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
--------------------	-------

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden und heißt besonders Herrn Jülich als neuen stellvertretenden Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes herzlich willkommen.

Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 2.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 7.2
Nachfrage von Frau Möller und Herrn Detjen
3365/2017
Tischvorlage
- 5.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung - Anpassung der Wertgrenzen für Rats- und Ausschusszuständigkeiten bei Baumaßnahmen, Bedarfsfeststellung
3193/2017
- 6.5 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften und Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen
0509/2018
Tischvorlage
- 9.3.1 Gutachten zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln, 2733/2017 (TOP 9.3 und TOP 15.1)
AN/0262/2018
Tischvorlage
- 10.2 Gemeinsamer Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzungen 2016
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 10.2
Nachfrage von Herrn Schwanitz
0406/2018
- 10.3 Berichterstattung zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 14.4
Anfrage von Herrn Detjen
0361/2018
Tischvorlage
- 15.5 Bericht über die Umsetzung der Rotation in korruptionsgefährdeten Bereichen im Jahr 2016
0415/2018

Herr Detjen teilt mit, dass TOP 14.5 (Förderung kultureller Projekte bei 41 – Kulturamt) durch die Verwaltung zurückgezogen wurde. Des Weiteren schlägt er vor, den TOP 15.1 (Vorlage des Gutachtens inkl. zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich – nicht öffentlicher Teil) an den Beginn des nicht öffentlichen Teils zu stellen, um eine zusammenhängende inhaltliche Beratung zum Gutachten inklusive der Prüfung zu den Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln zu ermöglichen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung und mit der veränderten Reihenfolge der Tagesordnungspunkte einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Dokumentation der Werthaltigkeitsprüfungen von Finanzanlagen im Rahmen des Jahresabschlusses
Finanzausschuss 18.12.2017
Nachfrage von Herrn Detjen
3992/2017
 - 2.2 ÖPP-Projekte der Stadt Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 8.1
Anfrage von Herrn Detjen
0089/2018
 - 2.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 7.2
Nachfrage von Frau Möller und Herrn Detjen
3365/2017
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
0373/2018
 - 5.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung - Anpassung der Wertgrenzen für Rats- und Ausschusszuständigkeiten bei Baumaßnahmen, Bedarfsfeststellung
3193/2017

6 Mitteilungen

- 6.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich
halbjährlicher Bericht
Rechnungsprüfungsausschuss 08.09.2016, TOP 2.2
1908/2017

- 6.2 Nord-Süd-Stadtbahn 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3420/2017

Nord-Süd-Stadtbahn 2. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3464/2017

- 6.3 Sachstand zur Inventarisierung an Schulen
0222/2018

- 6.4 Personalrisikomanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 6.1
0058/2018

- 6.5 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunter-
künften und Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüch-
tete Personen
0509/2018
Tischvorlage

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

- 8.1 Schwarzarbeit am Bau in Nordrhein-Westfalen
Anfrage von Herrn Detjen

- 8.2 Prüfung der Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten bei 21-
Steueramt
Anfrage von Frau Möller

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offen- bachplatz

- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand Oktober 2017
3599/2017

Stand November 2017
0071/2018

Stand Dezember 2017
0189/2018

9.2 Sanierung Bühnen Köln - Erläuterung des geplanten Vergabeverfahrens zum Ersatz ausgeschiedener Baufirmen
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 9.3
0188/2018

9.3 Vorlage des Gutachtens inkl. zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich – öffentlicher Teil
2733/2017
*- erneute Wiedervorlage aus der Sitzung 26.09.2017, TOP 9.2
bitte die bereits umgedruckten Unterlagen vorhalten -*

Gutachten Störungen Projekt Sanierung Bühnen
hier: Beantwortung der Ergänzungsfragen des Rechnungsprüfungsausschusses vom 26.09.2017
3460/2017
*- zurückgestellt aus der Sitzung 23.11.2017, TOP 9.4
bitte die bereits umgedruckten Unterlagen vorhalten -*

9.3.1 Gutachten zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln, 2733/2017 (TOP 9.3 und TOP 15.1)
AN/0262/2018
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

15.1 Vorlage des Gutachtens inkl. zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich – nicht öffentlicher Teil
2734/2017
*- erneute Wiedervorlage aus der Sitzung 26.09.2017, TOP 15.1
bitte die bereits umgedruckten Unterlagen vorhalten –*

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Prüfung Schülerspezialverkehr für freifahrtsberechtigte Schülerinnen und Schüler bei 40 - Amt für Schulentwicklung
Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 14.3
Nachfrage von Herrn Detjen
0210/2018

10.2 Gemeinsamer Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzungen 2016
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 10.2
Nachfrage von Herrn Schwanitz
0406/2018

- 10.3 Berichterstattung zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 14.4
Anfrage von Herrn Detjen
0361/2018
Tischvorlage
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 13 Beschlussvorlagen**
- 13.1 Prüfbericht Anordnung und Vergütung von Über-/Mehrarbeitsstunden bei 32 -
Amt für öffentliche Ordnung
3155/2017
- 13.2 Prüfbericht Aussonderung und Ersatz von Fahrzeugen bei 37 - Amt für Feuer-
schutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
0184/2018
- 13.3 Prüfbericht Abwicklung von Nachträgen bei 26 - Gebäudewirtschaft
0192/2018
- 13.4 Bestellung einer Prüferin und eines Prüfers
3573/2017
- 13.5 Abberufung eines Prüfers
0059/2018
- 14 Sachstandsberichte zu Prüfungen**
- 14.1 Prüfbericht Abwicklung von Sachverständigen-Prüfungen für Lüftungsanlagen
in Bildungsbauten bei 26 - Gebäudewirtschaft
Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 13.1
2835/2017
- 14.2 Sachstandsbericht zur Abwicklung von Sachverständigen-Prüfungen für Lüf-
tungsanlagen in Bildungsbauten bei 26 - Gebäudewirtschaft
Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 13.1
0171/2018
- 14.3 Mögliche Erstattungsansprüche der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchun-
gen im Jobcenter Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 16.05.2017, TOP 14.1
3278/2017

14.4 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
Rechnungsprüfungsausschuss 16.05.2017, TOP 13.1
0234/2018

14.5 Förderung kultureller Projekte bei 41 - Kulturamt
Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 14.5
0294/2018
- zurückgezogen -

15 Mitteilungen

15.1 Die Vorlage wird als erster TOP im nicht öffentlichen Teil behandelt.

15.2 Prüfung der Kasseneinrichtungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2017
0006/2018

15.3 Prüfung des ordnungsgemäßen und sicheren Einsatzes der Informationsverarbeitung im Kalenderjahr 2017
0321/2018

15.4 Programmprüfungen nach § 103 Abs. 1 Ziffer 6 der Gemeindeordnung (GO) NRW im Kalenderjahr 2017
0429/2018

15.5 Bericht über die Umsetzung der Rotation in korruptionsgefährdeten Bereichen im Jahr 2016
0415/2018

16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

16.1 Prüfbericht Raummanagement bei 42 - Amt für Weiterbildung - Volkshochschule (VHS)
Rechnungsprüfungsausschuss 26.09.2017, TOP 13.2
Ausschuss Schule und Weiterbildung 27.11.2017, TOP 10.2
3964/2017

16.2 Überwachung der Abwasserqualität durch das Abwasserinstitut Köln bei den Stadtentwässerungsbetrieben Köln, AöR (StEB)
Rechnungsprüfungsausschuss am 23.11.2017, TOP 13.1
Verwaltungsrat der StEB am 13.12.2017, TOP 5.6
0101/2018

16.3 Sachstandsbericht zum Prüfbericht Mittagessen in städt. Kitas und Erhebung von Essensgeld durch 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie
Rechnungsprüfungsausschuss am 06.07.2017, TOP 14.6
Jugendhilfeausschuss am 05.09.2017, TOP 11.1
0131/2018

- 16.4 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen in Wohnobjekten bei 56 -
Amt für Wohnungswesen
Rechnungsprüfungsausschuss 16.05.2017, TOP 13.1
Ausschuss Soziales und Senioren 07.09.2017, TOP 18.1
0325/2018

17 Anfragen

- 17.1 Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementver-
fahrens (SAP PSCD)
Anfrage von Herrn Detjen
- 17.2 Einführung Datenverarbeitung / IT-Unterstützung im Marktwesen
Anfrage von Frau Möller

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Dokumentation der Werthaltigkeitsprüfungen von Finanzanlagen im Rahmen des Jahresabschlusses Finanzausschuss 18.12.2017 Nachfrage von Herrn Detjen 3992/2017

Herr Detjen teilt mit, dass sich der Sachverhalt zwischenzeitig aufgeklärt habe und keine weiteren Fragen mehr zur Dokumentation von Werthaltigkeitsprüfungen bestünden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 ÖPP-Projekte der Stadt Köln Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 8.1 Anfrage von Herrn Detjen 0089/2018

Herr Detjen ist erfreut zu lesen, dass im Projekt ÖPP P3 kein Einredeverzicht abgegeben wurde und bedankt sich für die Mitteilung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse Rechnungsprüfungsausschuss 07.02.2017, TOP 7.2 Nachfrage von Frau Möller und Herrn Detjen 3365/2017

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anfragen vor.

5 Beschlussvorlagen

5.1 **Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen** **0373/2018**

Herr Detjen erläutert, dass das Rechnungsprüfungsamt vor circa 2 Jahren in diesem Bereich eine Prüfung durchgeführt habe. Dabei wurde festgestellt, dass durch die Schaffung von getrennt nach Bewohnergruppen gestaffelten Satzungen mehr Bundesmittel generiert werden könnten. Aus diesem Grund wurden durch die Verwaltung zwei Satzungen erarbeitet und vorgelegt. Dabei handelt es sich einerseits um die Satzung zur Einrichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für Aussiedler und ausländisch geflüchtete Personen (TOP 6.5, Vorlage 0509/2018) und andererseits um die aktuell vorgelegte Satzung. Die Beratung zur Satzung über die Einrichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen wurde im Hauptausschuss zurückgestellt, so dass derzeit eine vorgezogene Beratung in den Fachausschüssen stattfindet. Er regt daher an, die Vorlage in die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu schieben, damit der federführende Ausschuss „Ausschuss für Soziales und Senioren“ zunächst einen Beschluss fassen könne. Er möchte allerdings folgende Anregung in die Beratung des Ausschusses für Soziales und Senioren einfließen lassen:

„Ich bitte den federführenden Ausschuss Soziales und Senioren auf eine Überarbeitung der Satzung hinzuwirken. Die Verwaltung möge prüfen, ob eine differenzierte Abrechnung zum Beispiel durch Mietverträge ein Weg wäre, der zu keiner Kostenerhöhung der Selbstzahler führt und andererseits jedoch eine kostenintensivere Abrechnung über die Finanzierung der Kosten der Unterkunft möglich macht.“

Herr Erkelenz schlägt vor, die Diskussion im federführenden Ausschuss ohne Votum des Rechnungsprüfungsausschusses erfolgen zu lassen. Seiner Meinung nach bestehe im Nachhinein immer noch die Möglichkeit auf die inhaltliche Beratung zu reagieren.

Herr Schwanitz schließt sich grundsätzlich der Meinung von Herrn Detjen an. Er hält es jedoch für geschickter, die Vorlage völlig votumsfrei in den Ausschuss für Soziales und Senioren zu geben, zumal er über die vorgeschlagene Anregung sehr kurzfristig informiert wurde und in keine sozialpolitische Fachdiskussion einsteigen möchte.

Herr Detjen verdeutlicht noch einmal, dass er die Vorlage und die damit verbundene Beratung in den nächsten Rechnungsprüfungsausschuss schieben möchte. Er möchte keinen Beschluss fassen, aber eine unverbindliche Anregung abgeben, um Fachgespräche durch den Ausschuss für Soziales und Senioren mit der Verwaltung zu initiieren.

Herr Schwanitz gibt zu bedenken, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren die Vorlage beraten möchte und eine zeitliche Verzögerung eventuell Erlösausfälle zur Folge hätte.

Herr Hemsing erläutert, dass die Vorlage im Hauptausschuss zurückgestellt wurde, da noch einige Fragen offen seien, die im Ausschuss für Soziales und Senioren diskutiert werden müssten. Er befürwortet eine nochmalige Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss nach dem Votum des Ausschusses für Soziales und Senioren.

Herr Dr. Rau gibt die eventuell entstehenden Erlösausfälle durch eine zeitliche Verzögerung der Vorlage zu bedenken. Herr Hemsing ergänzt hierzu, dass es sich um zu erwartende Mehreinnahmen von circa 400.000 € pro Jahr handeln würden. Diese Erhöhung werde jedoch nach seinem Kenntnisstand momentan politisch kritisch gesehen. Auch favorisiert er eine Lösung, die die Selbstzahler nicht stärker belastet und zusätzlich eine volle Abschöpfung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft gewährleistet.

Herr Detjen bleibt dabei, die Vorlage in den nächsten Rechnungsprüfungsausschuss zu schieben und zwischenzeitlich den Ausschuss für Soziales und Senioren beraten zu lassen. Er wünscht, dass der Rechnungsprüfungsausschuss über das Beratungsergebnis des Ausschuss für Soziales und Senioren unterrichtet wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. die „Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die Erhöhung um 15 % der aktuellen Gebühr //(Anlage 3/OH-A) zustimmend zur Kenntnis.

Alternative I:

1. siehe Beschlussvorschlag
2. Wie Ziffer 2 Beschlussvorschlag in Verbindung mit Anlage 3/OH-B.
(Erhöhung um 5 %)

Alternative II:

1. siehe Beschlussvorschlag

Wie Ziffer 2 Beschlussvorschlag in Verbindung mit Anlage 3/OH-C.
(Erhöhung kostendeckend)

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

5.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung - Anpassung der Wertgrenzen für Rats- und Ausschusszuständigkeiten bei Baumaßnahmen, Bedarfsfeststellung 3193/2017

Herr Detjen regt an, die Vorlage auch in den Bauausschuss am 12.03.2018 zu verweisen.

Anmerkung der Redaktion:

Das Büro der Oberbürgermeisterin hat den Bauausschuss bereits am 23.02.2018 in der Beratungsreihenfolge aufgenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 27. Juli 2017 in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

6 Mitteilungen

**6.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich
halbjährlicher Bericht
Rechnungsprüfungsausschuss 08.09.2016, TOP 2.2
1908/2017**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Nord-Süd-Stadtbahn 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3420/2017**

**Nord-Süd-Stadtbahn 2. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3464/2017**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.3 Sachstand zur Inventarisierung an Schulen
0222/2018**

Herr Detjen möchte wissen, ob es noch einen aktuelleren Sachstand als den in der Vorlage beschriebenen gäbe.

Frau Dr. Klein informiert, dass es keine weiteren Neuigkeiten über die Mitteilung hinaus zu berichten gebe. Die Stellen des Inventurteams konnten zwischenzeitlich besetzt werden, insoweit könne mit der Inventarisierung nun begonnen werden. Sie sagt einen ersten Sachstandsbericht zur Sitzung ersten des Rechnungsprüfungsausschusses nach den Sommerferien am 18.09.2018 zu.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.4 Personalrisikomanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 6.1
0058/2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.5 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften und Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen
0509/2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Ergebnisse aus den Fachausschüssen vor.

8 Anfragen

**8.1 Schwarzarbeit am Bau in Nordrhein-Westfalen
Anfrage von Herrn Detjen**

Herr Detjen informiert den Ausschuss über die im Januar dieses Jahres erfolgten Durchsuchungen auf Baustellen durch den Zoll. Es wurde ein kriminelles Netzwerk ausgehoben, an welchem circa 450 Unternehmen in ganz Nordrhein-Westfalen beteiligt gewesen seien. Er bittet einen Mitarbeiter der zentralen Sanktionsstelle um kurze Darstellung, welche Unternehmen durchsucht wurden und ob es sich um Unternehmen handeln würde, mit denen die Stadt Köln zusammen arbeite.

Herr Welzel informiert, dass die Zentrale Sanktionsstelle seiner Abteilung seit 2008 unter anderem auch für die Kontrollen auf den städtischen Baustellen zuständig sei. Hierbei gälte es zu prüfen, ob vertraglich festgelegte Bedingungen, wie zum Beispiel die Zahlung des tariflichen Mindestlohns und die Abführung von Steuern und Sozialversicherbeiträge, eingehalten worden seien. In den ersten Jahren erfolgte eine punktuell kooperative Zusammenarbeit mit dem Zoll. So wurden beispielsweise gemeinsame Kontrollen durchgeführt. Zwischenzeitlich sei ein beidseitiger Informationsaustausch nicht mehr gegeben. Der Zoll argumentiere gegenüber der Stadt Köln mit datenschutzrechtlichen Bedenken und laufenden Ermittlungen. Infolgedessen sei es ihm nicht möglich, darüber zu informieren, welche Unternehmen durch den Zoll durchsucht wurden. Herr Welzel bittet hier um politische Unterstützung.

Herr Welzel informiert den Ausschuss zudem, dass er eine schriftliche Zusammenfassung seiner Arbeit vorbereitet habe und diese gerne zu Protokoll geben würde. Herr Detjen begrüßt dies.

Herr Detjen bittet Herr Dr. Keller mit der Bundes- und Landesregierung Gespräche über eine bessere und engere Zusammenarbeit zwischen Zoll und Kommunen zu führen.

Herr Dr. Keller sagt dies zu.

Schriftliche Zusammenfassung von Herrn Welzel:

- „• Die „Zentrale Sanktionsstelle“ beim Zentralen Vergabeamt der Stadt Köln besteht seit 2008 und derzeit aus einer Planstelle des mittleren Dienstes sowie einer Übersollstelle des mittleren Dienstes. Die beiden Beschäftigten kontrollieren Baustellen und andere Einsatzbereich der Stadt, z.B. Bewachungsfirmen. Die Ergebnisse werden aktenmäßig bearbeitet und es werden gegebenenfalls Verwarnungen oder Vertragsstrafen ausgesprochen.
- Die Leitung der Gruppe erfolgt durch einen Juristen.
- Jährlich werden im Durchschnitt zwischen 100 und 200 Hauptunternehmer kontrolliert. Hierbei werden jährlich durchschnittlich 500 Personen überprüft.
- Schwerpunkt der Prüfung ist die Führung der Anwesenheitsliste, die eingesetzten Nachunternehmer und die Höhe der Löhne. Eine systematische Prüfung der Firmenkonstruktionen und Geldflüsse erfolgt nicht.
- Die unmittelbaren Verstöße gegen die städtischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen werden eher bei Nachunternehmern als bei Hauptunternehmern festgestellt. Die Verstöße können den Hauptunternehmern wegen Verletzung von Sicherstellungspflichten regelmäßig zugeordnet werden.
- In den vergangenen Jahren wurden durchschnittlich 10 Vertragsstrafen pro Jahr festgesetzt. Die erzielten Einnahmen decken die Kosten der Stellen des Kontrollpersonals ab.
- Die Sanktionszahlen sind in den letzten 10 Jahren insgesamt leicht rückläufig. Hieraus kann geschlossen werden, dass die Sanktionierungen die Firmen dazu bewegen haben, sich an die Vorgaben der Stadt Köln zu halten.
- In den ersten Jahren erfolgte die Zusammenarbeit mit dem Zoll punktuell kooperativ. Zwischenzeitlich verweist der Zoll regelmäßig auf datenschutzrechtliche Hindernisse.
- Sofern bei den städtischen Überprüfungen entsprechende Feststellungen getroffen werden (z.B. Schwarzarbeit) werden Abgaben an den Zoll oder Mitteilungen an das Jobcenter vorgenommen.“

8.2 Prüfung der Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten bei 21- Steueramt Anfrage von Frau Möller

Frau Möller möchte erfahren, ob die zugesagte Prüfung zur Besteuerung der Geldspielgeräte angelaufen sei.

Frau Klug sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Detjen bittet um eine Mitteilung zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Oktober 2017 3599/2017

**Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand November 2017
0071/2018**

**Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand Dezember 2017
0189/2018**

Herr Streitberger berichtet, dass noch im Dezember – Bericht für die Sanierung der Bühnen von Gesamtkosten in Höhe von 545 Millionen Euro ausgegangen wurde. Diese Zahl könne nun auf 538 Millionen in Bezug auf das geplante Bauende im IV. Quartal 2022 korrigiert werden. Auch die Firmengespräche stünden nun vor dem Abschluss. Ende März werde darüber hinaus die Zustandsfeststellung beendet sein, so dass anschließend eine intensive Abstimmung zur Entwurfsplanung erfolgen könne. Darüber hinaus informiert er, dass im Augenblick drei Gewerke neu ausgeschrieben werden müssen. Diese Notwendigkeit könne sich eventuell auf fünf Ausschreibungen ausweiten. Hierzu müsse jedoch zunächst der Abschluss der Firmengespräche abgewartet werden.

Herr Detjen bittet um eine ausführliche mündliche Berichterstattung durch Herrn Streitberger zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.04.2018.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

**9.2 Sanierung Bühnen Köln - Erläuterung des geplanten Vergabeverfahrens zum Ersatz ausgeschiedener Baufirmen
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 9.3
0188/2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.3 Vorlage des Gutachtens inkl. zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich – öffentlicher Teil
2733/2017**

**Gutachten Störungen Projekt Sanierung Bühnen
hier: Beantwortung der Ergänzungsfragen des Rechnungsprüfungsausschusses vom 26.09.2017
3460/2017**

**9.3.1 Gutachten zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln, 2733/2017 (TOP 9.3 und TOP 15.1)
AN/0262/2018**

Herr Detjen schlägt vor, zunächst die Beantwortung der Fragen zu erörtern und dann den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der Grünen zu diskutieren.

Herr Schwanitz bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Er stellt jedoch fest, dass er einen gewünschten Aufklärungsaspekt in dem Gutachten vermisst. Auf diesen werde er in der Antragsdiskussion näher eingehen.

Herr Detjen stellt fest, dass es keine weiteren Fragen zum Gutachten zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln gibt und bittet nun, die Fraktion der Grünen und die CDU-Fraktion ihren Antrag zu begründen.

Herr Erkelenz stuft das vorgelegte Gutachten als nicht ausreichend ein. Seine Fraktion vermisst insbesondere eine konkrete Aussage über das Zustandekommen des Organisationsversagens und wünscht hierzu eine detailliertere Darstellung. Auch fehle weiterhin die Benennung von Verantwortlichkeiten. Seine Fraktion fordere im Ergebnis die Verwaltung auf, die im Gutachten ausgesprochenen Handlungsempfehlungen aufzugreifen, um zukünftig eine Havarie von Großbauprojekten zu verhindern.

Herr Prof. Siegburg erläutert, dass die Beauftragung zum Gutachten nicht die namentliche Benennung von städtischen Verantwortlichen beinhaltet habe. In dem vorliegenden Gutachten seien vielmehr verschiedenste Störungsursachen identifiziert worden. Es werde im Gutachten zwischen sieben Primär-, vier Sekundärursachen und sieben Verschärfungen unterschieden. Im Ergebnis sei man zu der Aussage gelangt, dass die gewählte Projektstruktur nicht geeignet gewesen sei, bei einem gestörten Ablauf, das Projekt Sanierung Köln ordnungsgemäß abzuwickeln. Seiner Einschätzung nach wurde über diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil des Gutachtens ausführlich berichtet. Insoweit könne er die Aussage von Herrn Erkelenz nicht nachvollziehen.

Auch Herr Detjen möchte seinen Unmut zum Vorgehen der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen zum Ausdruck bringen. Er selbst habe Anfang der Woche einen Beschlussentwurf auf den Weg gebracht und allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Leider habe er hierzu keine Rückmeldung erhalten. Nunmehr sei festzustellen, dass einzelne Textpassagen im Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der Grünen unter den Punkten I, III a) und b) sowie IV übernommen worden seien. Er bemängelt diesen „gemeinsamen Alleingang“ und erinnert, dass es im Rechnungsprüfungsausschuss bisher immer üblich gewesen sei, einen parteiübergreifenden Konsens zu finden. Er empfindet das aktuelle Vorgehen als äußerst bedauerlich. Der Aussage, „Das Gutachten klärt nicht über das konkrete Zustandekommen des Organisationsversagens und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten auf“, müsse er vehement widersprechen. Hierdurch werde das Gutachten unnötig in Misskredit gebracht. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass es bisher keinerlei wissenschaftliche Untersuchungen über gescheiterte Großbaustellen gäbe und selbst inhaltliche Stellungnahmen, wie dieses Gutachten, kaum vorhanden seien. Somit sei dieses Gutachten ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Gründe, weshalb eine Havarie von Großprojekten auftreten könne. Des Weiteren sei eindeutig der Generalplaner der technischen Ausstattung als Störer festgestellt worden. Diese klare Aussage sei in der letzten Sitzung nicht infrage gestellt worden.

Herr Detjen fordert dazu auf, statt einer Verantwortlichkeitsdebatte eine Systemdebatte zu führen und hebt in diesem Zusammenhang den Grundsatz „erst planen dann bauen“ hervor. In diesem Zusammenhang sei von enormer Bedeutung, in welcher Leistungsphase ein Baubeschluss gefasst werde. Aus den vorgetragenen Gründen könne er sich nicht der Ziffer II des Antrages anschließen und bittet hier um gesonderte Abstimmung. Erst im Anschluss an diese Teilabstimmung solle seines Erachtens eine Gesamtabstimmung zu dem Antrag erfolgen.

Frau Möller schließt sich den Ausführungen von Herrn Detjen an. Sie stellt fest, dass mit der Ziffer III des Antrages eher der Bauausschuss angesprochen sei und auch ihre Fraktion Ziffer II des Antrages nicht mittragen werde. Aufgrund der Ablehnung von

Ziffer II, könne durch die SPD - Fraktion auch keine Zustimmung zum Gesamtantrag erteilt werden.

Herr Görzel ist sehr verwundert über den Antrag und schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Er hätte sich innerhalb des Gutachtens stärkere Aussagen über baubetriebliche Prozesse gewünscht. Letztlich seien genau diese Fragestellungen für die Ursachenforschung bedeutsam. Er kann nicht nachvollziehen, dass mit einer Beschlussfassung zum gemeinsamen Antrag dieses bedeutende Projekt „beerdigt“ werden solle.

Herr Schwanitz weist die Aussage von Herrn Detjen zurück, dass sich seine Fraktion nicht auf den Beschlussentwurf von Herrn Detjen gemeldet habe. Insgesamt müsse er feststellen, dass er einen anderen Anspruch an das Gutachten und an die weitergehende Aufklärung der Havarie des Projektes Sanierung Bühnen Köln habe. Er sieht es als seine Pflicht an, eine umfängliche Aufklärung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu fordern, sowie auch die klare Benennung von Verantwortlichkeiten und Strukturen. Ihm sei jedoch auch bewusst, dass dies ein Wunsch bleiben werde, auch wenn im Hauptausschuss seinerzeit eine uneingeschränkte Aufklärung beschlossen worden sei. Seine Fraktion werde das Gutachten demzufolge lediglich zur Kenntnis nehmen.

Herr Detjen bemerkt, dass das Thema keineswegs mit der heutigen Beratung beerdigt werden solle. Mit der heutigen Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss werde der Anstoß für weitere Diskussionen im Bauausschuss gegeben und die Verwaltung darüber hinaus aufgefordert, Stellung zu nehmen. Auch erwarte er für die Zukunft eine Berichterstattung durch die Verwaltung, ob der Klageweg eingeschlagen worden sei. Herr Detjen bittet Herrn Görzel zukünftig eine Systemdiskussion zu führen und den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Gesamtheit, das Thema beharrlich weiter zu verfolgen.

Beschluss:

I.

Der Ausschuss nimmt nach intensiver Beratung das Gutachten mit Anlagen und Mitteilungen zur Kenntnis.

II.

Der Ausschuss stellt fest: Die Beauftragung für das o.a. Gutachten folgte über einen Beschluss des Hauptausschusses vom 03.08.2015 zur Aufklärung der Bühnenhavarie, in dem es hieß: „... Die Ursachen für die Verschiebung des geplanten Premiere-termins am 07.11.2015 uneingeschränkt aufzuklären, die damit verbundenen Mehrkosten transparent darzulegen sowie die Verantwortlichkeiten aufzuzeigen.“ Zudem folgte ein Ratsbeschluss vom 10.05.2016, in dem der Untersuchungsauftrag ergänzend zum Hauptausschuss-Beschluss festgelegt wird.

Der erteilte Auftrag wurde nicht in allen Aspekten erfüllt. Das Gutachten klärt nicht über das konkrete Zustandekommen des Organisationsversagens und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten auf.

III.

Der Ausschuss beauftragt als Konsequenz aus den gutachterlichen Feststellungen:

- a) Die im Gutachten aufgeführten Handlungsempfehlungen in Hinsicht auf ihre praktische Umsetzung im zukünftigen Verwaltungshandeln bei großen Baumaßnahmen zu prüfen und den zuständigen Ratsgremien Leitlinien für das zukünftige Handeln vorzulegen.

- b) Das Verfahren für zukünftige Bauprojekte soll so optimiert werden, dass eine realistische Zeitplanung und größere Kostensicherheit sowie transparente Projektstrukturen und Projektcontrolling gewährleistet werden kann.

IV.

Dieser Beschluss ist zusammen mit dem Gutachten, den zugehörigen Mitteilungen und Anlagen dem Betriebsausschuss Bühnen, dem Bauausschuss, dem Unterausschuss Kulturbauten und dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer II:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP - Fraktion, Fraktion Die Linke und der SPD-Fraktion – zugestimmt

Zu Ziffer I; III, IV:

Mehrheitlich – bei Stimmenthaltung der FDP - Fraktion – zugestimmt

Gesamter Antrag:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP - Fraktion und der SPD-Fraktion – zugestimmt

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

gez. Simone Duggan
Schriftführerin